



HESSISCHER LANDTAG

09. 06. 2015

HAA

Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Ehe für alle - Entschließung für eine vollständige Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren

Der Landtag wolle beschließen:

Der Hessische Landtag begrüßt die Bundesratsinitiative der Länder Niedersachsen, Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen (Bundesratsdrucksache 274/15), die weiterhin bestehende Benachteiligung eingetragener Lebenspartnerschaften zu beenden und eine vollständige Gleichbehandlung der Ehe von gleich- und verschiedengeschlechtlichen Paaren im gesamten Bundesrecht herzustellen. Dies umfasst die Öffnung der Ehe durch Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches und damit die Schaffung eines vollen gemeinschaftlichen Adoptionsrechts für gleichgeschlechtliche Paare.

Der Hessische Landtag begrüßt den Gesetzesantrag der Länder Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Thüringen, mit dem der Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts (Bundesratsdrucksache 273/15) eingebracht worden ist.

Der Hessische Landtag sieht die vollständige Gleichberechtigung gleichgeschlechtlicher Paare als längst überfällig an und fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat beide Initiativen zu unterstützen.

Begründung:

In der Begründung des Antrags Bundesratsdrucksache 274/15 wird zutreffend ausgeführt: "Gleichgeschlechtlichen Paaren ist bis heute die Ehe verwehrt, was eine konkrete rechtliche und symbolische Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität darstellt. Angesichts des gesellschaftlichen Wandels und der damit verbundenen Änderung des Eheverständnisses gibt es keine haltbaren Gründe, gleichgeschlechtliche und nicht-gleichgeschlechtliche Paare unterschiedlich zu behandeln und am Ehehindernis der Gleichgeschlechtlichkeit festzuhalten."

Die Gleichberechtigung von gleichgeschlechtlichen Paaren ist in Deutschland längst überfällig. Die andauernde Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare ist nicht länger hinnehmbar.

Wiesbaden, 9. Juni 2015

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel